

# Fachstelle Integration soll weg von Feurer

**Biel** Der Bieler Stadtrat berät heute, ob die Fachstelle Integration von der Direktion von SVP-Gemeinderat Beat Feurer abgezogen werden soll. Hinter der Forderung der Ratslinken stehen auch politische Überlegungen.

Lino Schaeren

Die Fachstelle Integration wird in der Bieler Politik derzeit heiss diskutiert. Die Bürgerlichen würden sie gerne abschaffen – und die Linken möchten sie der Kontrolle von der Direktion Soziales und Sicherheit entziehen. Beide Stossrichtungen wurden im Stadtrat mittels Vorstoss eingebracht. Jener der Ratslinken wird an der heutigen Parlamentssitzung behandelt.

Die Motion, die von allen im Stadtrat vertretenen linken Parteien unterzeichnet wurde, fordert, die Fachstelle Integration müsse zur Zuständigkeit einer anderen Direktion wechseln. Zudem wollen die Motionäre, dass die Ansprechstelle Integration ebenso nicht durch die Direktion Soziales und Sicherheit geführt wird, sollte die Stadt vom Kanton Bern tatsächlich den Zuschlag für die Führung der Ansprechstelle erhalten. Heute wird sie durch Multimondo geführt, die Stadt Biel strebt aber eine Übernahme an (das BT berichtete).

Damit wird heute Abend eine Diskussion weitergeführt, die bereits im vergangenen November aufflammte. Damals wurde eine Interpellation diskutiert zur Absicht der Stadt Biel, die Ansprechstelle Integration zu übernehmen, diskutiert. Die fehlende Gewaltentrennung wurde kritisiert, sollte die Ansprechstelle künftig auf der gleichen städtischen Direktion geführt werden wie die Migrationsbehörde. Und: Das Angebot von Multimondo sei qualitativ zufriedenstellend, es gebe keinen Grund, die Ansprechstelle in die Stadtverwaltung zu integrieren. Schnell wurde aber auch klar: Dass man auf linker Ratsseite die Ansiedlung der Ansprechstelle Integration auf der Direktion Soziales und Sicherheit am liebsten gescheitert sähe, hat nicht nur sachliche, sondern auch politische Gründe. Der ausgesagte Gegenspieler: Direktionsvorsteher Beat Feurer (SVP).

So sagte Stadtrat Fritz Freuler (Grüne) bereits im November im Parlament: «Den Migranten ist ein solcher Direktor nicht zuzumuten.» Er bezog sich dabei auf ein Referat Feurers, das dieser an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz im Oktober 2017 gehalten hatte. Darin hatte Feurer



Geht es nach der Ratslinken, arbeiten SVP-Gemeinderat Beat Feurer und Tamara Iskra, Integrationsdelegierte der Stadt, künftig nicht mehr auf derselben Direktion. Reto Probst/a

den Islam als fatalistische Religion bezeichnet und festgehalten, dass Muslime aufgrund ihrer fatalistischen Denkweise grundsätzlich schwerer integrierbar seien als Anhänger anderer Religionen. Dieses Referat brachte Feurer nicht nur harsche Kritik, sondern auch eine Rücktrittsforderung der Grünen-Fraktion im Bieler Stadtrat ein. Es überrascht deshalb nicht, dass Freuler seine im November geäußerte Haltung auch heute noch bestätigt: Die Person Beat Feurer sei für ihn wesentlich gewesen für die neuerliche Einreichung eines Vorstosses zum Thema Ansprechstelle Integration und Fachstelle Integration.

## «Es wird gute Arbeit geleistet»

Freuler ist einer der Erstunterzeichner der Motion. Und diese will eben nicht nur eine Ansiedlung der Ansprechstelle Integration bei der Direktion von Feurer verhindern, sondern in erster Linie die bereits bestehende Fachstelle Integration auf eine andere Direktion verschieben. Geht es nach den Motionären, entweder zur Präsidialdirektion von Erich Fehr (SP) oder zur Direktion Bildung, Kultur und Sport von Cédric Némitz (PSR). «Ich denke,

bei der Fachstelle Integration wird bereits heute gute Arbeit geleistet», sagt Fritz Freuler, «aber die diskriminierenden Äusserungen und die politische Haltung der Abschottung von Beat Feurer machen diese wieder zunichte.»

Der Direktor Soziales und Sicherheit sei ein grosses Hindernis für den Erfolg der Integrationsarbeit in der Stadt Biel, die immer ein gegenseitiger Prozess sei, ist Freuler überzeugt. Doch öffnet man mit dem Begehren, einer Direktion aus politischer Motivation die Verantwortung für einen bestimmten Bereich zu entziehen, nicht Tür und Tor für weitere Reorganisationsgelenke? Freuler sagt, er sei eigentlich auch kein Freund davon, die gemeinderätlichen Direktionen nach politischen Haltungen zu organisieren. In «diesem speziellen Fall» sei das für ihn aber unumgänglich.

Freuler ist allerdings der einzige Motionär, der sich dermassen deutlich gegen die Person Beat Feurer äussert. «Ich würde unsere Forderung nicht ausschliesslich an Beat Feurer aufmachen», sagt etwa Judith Schmid (PdA). Die öffentlichen Äusserungen Feurers zeigten aber, dass eine Angliederung der

Fachstelle- und allenfalls auch der Ansprechstelle Integration bei der Direktion Soziales und Sicherheit problematisch sein könnten. «Sind diese Stellen künftig nicht bei der selben Direktion wie die Migrationsbehörde, gibt es solche Probleme nicht mehr», sagt sie. Und auch Susanne Clauss (SP) hält fest: «Mir geht es um die organisatorische Trennung.»

Sie argumentiert mit der Integrationsverordnung des Kantons Bern, in der steht: Sollte eine Ansprechstelle in einer Gemeindeverwaltung betrieben werden, muss eine organisatorische Trennung von der zuständigen Migrationsbehörde gewährleistet sein.

## Gemeinderat sieht Synergien

Abklärungen der Rechtsabteilung beim Kanton haben allerdings ergeben, dass eine Ansiedlung der Ansprechstelle auf Feurers Direktion nicht gegen die Integrationsverordnung verstosse würde, da die Ansprechstelle nicht der Abteilung öffentliche Sicherheit unterstellt werden soll. Das sagte Manuel Haas, Leiter der Abteilung Integration bei der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) im vergangenen

Herbst gegenüber dem BT. Darauf verweist auch der Bieler Gemeinderat in seiner Antwort auf die Motion.

Er verschliesst sich aber nicht vollständig gegen die im Raum stehenden Forderungen. Die Stadtregerung beantragt, die Motion in einen Prüfungsauftrag umzuwandeln. Was die Verschiebung der Fachstelle Integration zu einer anderen Direktion betrifft, hat der Gemeinderat zudem bereits selber erste Abklärungen getroffen – da bereits im Jahr 2015 ein Postulat mit dieser Stossrichtung vom Stadtrat überwiesen wurde. Der Gemeinderat schreibt, er sehe durchaus mögliche Synergien, allerdings schliesst er eine Angliederung an die Präsidialdirektion aus, da man «das politische Gleichgewicht zwischen den Direktionen» aufrecht erhalten wolle.

## «Irrationale Anschuldigungen»

Und was sagt Beat Feurer zu den Forderungen und den erhobenen Vorwürfen? Wie bereits vor drei Monaten im Stadtrat sagt er trocken: Die Anschuldigungen gegen seine Person seien irrational. Und er warnt davor, strukturelle Entschiede zu fällen nur aufgrund einer heute vorstehenden Person: «Ich bleibe ja nicht ewig auf diesem Posten.» Ohnehin diskutierte die Stadtregerung die persönlichen Anschuldigungen nicht, «dem Gemeinderat geht es nicht um Köpfe, sondern um sinnvolle Organisationsformen». Und diese Organisationsformen würden derzeit überprüft. Was die Fachstelle Integration betrifft, gebe es durchaus Argumente für eine neue Organisation, da sie Verbindungen zu praktisch allen anderen Direktionen habe.

Es gäbe laut Feurer aber auch Synergien, die verloren gingen bei einem Wechsel. «Wir streben betriebswirtschaftliche und prozessuale Überlegungen an», sagt Feurer. Daraus lässt sich ableiten: Sollte auch der Gemeinderat zum Schluss kommen, dass eine Ansiedlung der Fachstelle bei einer anderen Direktion Sinn ergibt, dann tut er dies aus anderer Motivation als die Motionäre. Diese wollen an ihrer Forderung, die Fachstelle der Kontrolle der Direktion Feurers zu entziehen, festhalten und stimmen der Umwandlung in ein Postulat in diesem Punkt nicht zu.

## «Sion 2026»: Biel gibt grünes Licht

**Biel** Der Gemeinderat Biel steht der Durchführung der Olympischen Winterspiele in der Schweiz grundsätzlich positiv gegenüber. Die Tissot Arena etwa wäre ein idealer Austragungsort für die Eishockey-Spiele der Frauen.

Der Bieler Gemeinderat hat seine Vernehmlassungsantwort zu den Olympischen und Paralympischen Winterspielen «Sion 2026» zu Händen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) beraten und verabschiedet. Der Gemeinderat steht der Durchführung der Spiele grundsätzlich positiv gegenüber und betont, dass sich dadurch der Ruf der Schweiz als Sportnation weltweit festigen kann, wie er in einer Mitteilung schreibt. Dabei bestehe in Bezug auf die Stadt Biel mit der Tissot Arena die einmalige Möglichkeit, zur Austragung der Olympischen Winterspiele (Eishockey Frauen), dies gestützt auf bestehende Infrastrukturen, beizutragen und die Stadt international in Wert zu setzen.

## Ein nationales Grossprojekt

Von zentraler Bedeutung sei die Tatsache, dass ein solches Vorhaben nur als nationales Grossprojekt realisiert werden kann. Dieses gemeinsame Gestalten kann nach Überzeugung des Gemeinderates massgeblich zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts und damit zum gegenseitigen Verständnis zwischen den unterschiedlichen Landesteilen und Regionen beitragen. Dies setzt nach seiner Auffassung allerdings voraus, dass bezüglich Sozial- und Umweltverträglichkeit hohe Standards gesetzt werden. So gesehen können bleibende Werte geschaffen werden, von der alle Regionen und Generationen langfristig profitieren können.

## Es gibt einige offene Fragen

Der Gemeinderat macht ferner darauf aufmerksam, dass bezüglich Finanzierung der Spiele noch einige zentrale Fragen offen sind, die in nächster Zeit restlos geklärt werden müssen, um das Risiko ungedeckter Rechnungen, für die am Schluss die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssten, auszuschliessen. Daher erwartet der Gemeinderat, dass der Bundesrat ein solides und kohärentes Finanzierungskonzept noch vorlegt. *mt*

## «Die Organisation Olympischer Spiele verlangt einen gewissen Mut»

**Biel** Eine Umfrage zeigt: 60 Prozent der Bevölkerung wollen keine Olympischen Winterspiele 2026. Was sagt der Stadtpräsident des Austragungsorts Biel dazu?

Eine repräsentative Umfrage von Tamedia zeigt, dass nur 36 Prozent der Bevölkerung hinter der Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 stehen. In Biel sollen Eishockey-Spiele der Damen ausgetragen werden. Stadtpräsident Erich Fehr (SP) erläutert seine persönliche Meinung und äussert sich ausdrücklich nicht im Namen des Gemeinderates.

**Erich Fehr, sind Sie von den ablehnenden Umfrageergebnissen beunruhigt?**

Erich Fehr: Die Ergebnisse zei-

gen, dass noch viel Arbeit notwendig ist, um die Bevölkerung zu überzeugen. Einige Kostenschätzungen sind noch zu wenig untermauert. Das betrifft insbesondere den Sicherheitsaufwand für die Veranstaltungen. Zudem benötigen wir bessere Garantien im Falle eines Defizites. Ich denke an eine Plafonierung der Kosten, damit die Kantone am Ende nicht zur Kasse gebeten werden.

**Alle Olympischen Winterspiele der vergangenen 30 Jahre endeten mit gewaltigen Budgetüberschreitungen. Das ist nicht gerade vertrauenerweckend.**

Die Voranschläge dieser Spiele liefen oft wegen nicht abschätzbarer Baukosten aus dem Ruder. Bei Sion 2026 liegen die Verhältnisse anders, denn das Projekt fusst auf den bereits bestehenden Infrastrukturen. Trotzdem: Das Organisationskomitee muss verpflicht-

et werden, die Einhaltung des Budgets zu garantieren.

**Sind Olympische Spiele in der Schweiz ohne die Unterstützung der Bevölkerung machbar?**

Nein. Deshalb gilt es ja, die Bevölkerung laufend über das Projekt zu informieren. Tatsächlich verlangt die Organisation eines Grossanlasses wie der Olympischen Spiele einen gewissen Mut. Aber erinnern wir uns: Die Schweiz hatte die Fussball-Europameisterschaft 2008, die ebenfalls über verschiedene Austragungsorte verteilt war, sehr erfolgreich gemeistert.

**Warum weiblern Sie als Bieler Stadtpräsident für diese Olympischen Spiele?**

Sport ist grundsätzlich gut für die Gesundheit, und der Wettkampf, sofern er fair ausgetragen wird, ist eine Schule des Lebens. Die Schweiz ist ein Land des Sports,

und Biel hat eine lange Eissporttradition. Mit der Tissot Arena verfügt die Stadt über eine sehr moderne Anlage, die auch den Ansprüchen von Olympia gerecht würde – und dies ohne zusätzliche Investitionen.

**Könnte der Bieler Tourismus profitieren?**

Es werden sicher keine Millionen Touristen ins Seeland kommen. Trotzdem hat Biel als Uhrenstadt gute Karten. Der neue Sitz von Swatch wird ein Anziehungspunkt werden. Dennoch müssen wir die Dinge mit Weitblick betrachten: Die Schweiz ist nun einmal ein Wintersportland, und das Berner Oberland ist eine wichtige Feriendestination. Wenn wir Olympische Spiele in dieser Region veranstalten, ist es nur logisch, dass wir damit die Tourismusbranche, die derzeit mit Schwierigkeiten kämpft, fördern.

**Der Kanton Bern will die Kandidatur mit einer Million Franken unterstützen. Gleichzeitig wurde auf kantonaler Ebene ein massives Sparprogramm verabschiedet, das auch die Gemeinden belastet. Befürworten sie diesen Millionenkredit?**

Der Kredit an und für sich ist nicht das Problem, sondern die Finanzpolitik des Kantons. Der Regierungsrat will die Steuern senken. Das wird höchstens symbolisch wirken, denn wir werden niemals die tiefen Steuersätze der Innerschweizer Kantone erreichen. Aber gleichzeitig wird ein Sparprogramm aufgelegt, das die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft und die Gemeinden trifft.

**Zurück zum Olympiakredit: Sind Sie für diese Ausgabe?**

Wenn wir betrachten, was der

Kanton Bern alljährlich – und zu Recht – für die Förderung der Tourismusbranche ausgibt, ist dieser Betrag durchaus vertretbar. Wenn wir erwägen, was wir mit Winterspielen gewinnen könnten, ist eine Million nicht viel Geld.

**Der Kredit kommt im Herbst vors Volk. Müsste der Kanton bei einem Nein sein Olympia-Engagement überdenken?**

Falls der Kredit abgelehnt würde, könnte Bern nicht mehr als Austragungsort für die Winterspiele antreten. Tatsächlich dient diese Abstimmung als Gradmesser dafür, ob das Volk die Olympischen Spiele will oder nicht. Die Volksbefragung über den Kredit wird auf diese Weise zum Plebiszit. Und wie gesagt werden wir keine Winterspiele gegen den Willen des Volkes durchführen können. *Interview: Didier Niéto/pl*